Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Nr. 252. Jahrgang 196.

Bezugs-Preis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Post-Zeitungsliste Nr. 3255. Die Hall. Zeitung erscheint wochentäglich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hall. Courier (wöchentl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Dienstag-Ausgabe

Anzeige-Gebühren für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Halle 15 Pfg., auswärts 25 Pfg. Amtliche Anzeigen 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 75 Pfg. Anzeigen-Annahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 87. Telephon Nr. 158. Schriftleitung: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Dienstag, 2. Juni 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telephon-Amt VIa Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Hetze.

Wir haben schon wiederholt hervorheben müssen, in wie unwürdiger Weise im Wahlkreise Halle-Saalkreis seitens der freisinnigen Volkspartei, die unter der irreführenden Maske eines „Vereins der Liberalen" einherschreitet, der Wahlkampf geführt wird. Kaum war seitens der fünf nationalen Parteien des Wahlkreises der Amtsgerichtsrat Dr. Bindseil als gemeinschaftlicher Kandidat auf den Schild gehoben, als seitens eines in Halle sattsam bekannten Preßpiraten die Nachricht in die Presse lanciert wurde, Herr Bindseil sei ein Anhänger des Antrags Kardorff. Jetzt laufen nun im Kreise Gerüchte um, der Kandidat der freisinnigen Volkspartei habe in einer Wählerversammlung ausgesprengt, Herr Bindseil sei ein Gegner von Handelsverträgen. Trotz wiederholter öffentlicher Aufforderung, sich zu diesem Gerüchte zu äußern, hat weder Herr Schmidt noch sein Publikationsorgan, die demokratische „Saalezig.", es für ihre Pflicht erachtet, den Tatbestand festzustellen. Auf die vielen Wahrheitswidrigkeiten, die auch im übrigen in den Wahlversammlungen der freisinnigen Volkspartei des Kreises, sowie in den Artikeln der „Saalezeitung" bisher vorgefallen sind, wollen wir heute nicht nochmals eingehen, wir haben dieselben bereits klar und deutlich nachgewiesen.

Aber nicht nur im Saalkreise, sondern vielfach im Deutschen Reiche wird der Wahlkampf seitens des Freisinns in einer Weise geführt, die direkt empörend ist.

Im Wahlkreise Gumbinnen-Insterburg z. B. ist ein von der Freisinnigen Volkspartei herausgegebenes Flugblatt verbreitet, in welchem es heißt:

„Die Freisinnigen wollen Handelsverträge schließen, die, ohne die Getreide-, Vieh- und Holzzölle plötzlich ganz abzuschaffen, sie doch so ermäßigen oder mindestens nicht erhöhen, daß Handelsverträge überhaupt möglich werden."

Das ist ganz der Standpunkt, den die Sozialdemokraten einnehmen, den aber der Führer der Freisinnigen Volkspartei mit aller Entschiedenheit bekämpft. Hat denn die freisinnige Parteileitung auf ihre Mitglieder in Gumbinnen-Insterburg keinen Einfluß? Oder ist es diesen gestattet, nach Art der Frankireurs ein besonderes Fähnlein zu bilden? Wir glauben, daß es sich um die beliebte Stichwahltaktik handelt, durch welche man sich der Sozialdemokratie als kleineres Uebel empfehlen will. Ferner ist in dem freisinnigen Flugblatt zu lesen:

„Als das Deutsche Reich entstand, hatte es keine Schulden, bekam aber 4000 Millionen bares Geld von den Franzosen als Kriegsentschädigung. Jetzt, nach wenig über 30 Jahren, sind nicht nur diese Milliarden verschwunden, sondern wir haben eine fast ebensolche Riesensumme an Schulden gemacht zufolge der ungeheueren Ausgaben, die die Konservativen, an ihrer Spitze agrarische Grafen, und ihre Freunde, die Zentrumsleute und die Nationalliberalen bewilligt haben. . . ."

Das ist ganz die Art sozialdemokratischer Hetze. So kläglich unwissend wird doch auch der Freisinn in Gumbinnen-Insterburg nicht sein, daß er nicht wüßte, wofür jene Ausgaben gemacht worden sind. Ist nicht gerade der Freisinn mit daran schuld, daß die Reichsfinanzreform, durch welche das Reich in stand gesetzt werden sollte, seine Bedürfnisse aus eigenen Mitteln zu bezahlen, scheiterte? Wenn der Freisinn gegen die zu Militär- und Marinezwecke nötigen Anleihen stimmte, so ist das für ihn keineswegs ein Ruhmestitel. Er hat ja auch gegen die ganze Heeres-Reorganisation in den sechziger Jahren gestimmt, und auf ihr beruhte die ganze Aktion, die schließlich zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches führte. Die „Preußisch-Littauische Zeitung" hat ganz recht, wenn sie fragt, auf wen die Ausführungen des freisinnigen Flugblattes Eindruck machen sollen und ferner bemerkt:

„Die 4 Milliarden Franken, die wir von Frankreich als Kriegsentschädigung erhalten haben, sind doch nicht, wie dies nach der obigen Ausführung den Anschein hat, einfach vergeudet worden, sondern sie dienten größtenteils zur Schaffung des Ersatzes des im Kriege verlorenen Materials an Kanonen, Pferden, Wagen ꝛc., weiter zur Schaffung eines Invalidenfonds und für andere vaterländische Interessen. Im Juliusturm bei Spandau liegen davon sogar noch 120 Millionen in Gold als Kriegsschatz. Daß das Reich auch Schulden hat, die aber zum Teil durch die Reichseisenbahnen entstanden und gedeckt sind, ist zutreffend; aber welche freisinnige Stadtverwaltung hat ihren Etat seit den siebziger Jahren nicht ebenfalls ganz bedeutend erhöht?"

Der Hinweis auf die starke Vermehrung der Kommunalschulden unter freisinniger Verwaltung ist sehr zutreffend. An ihre kommunale Praxis, die mit der den Staats- und Reichs-Verwaltungen gegenüber beobachteten Theorie in vollständigem Widerspruch sich befindet, wollen aber die Freisinnigen nicht erinnert sein.

In Berlin verbreitet der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei im zweiten Wahlkreise ein Flugblatt, in dem es heißt:

„Bedenkt, daß die Agrarier und die mit ihnen verbündeten städtischen Konservativen es gewesen sind, die noch in den letzten Monaten das deutsche Volk mit dem ungeheuerlichen Zolltarif beglückt und ihm damit das tägliche Brot verteuert haben. Bedenkt, welcher Mittel sich hierbei diese nämliche Partei bedient hat, um die Minorität im Reichstage zu vergewaltigen."

Dieser Satz ist ebenfalls ganz im Hetzton der Sozialdemokratie gehalten. Was sagt denn aber der Führer der freisinnigen Volkspartei dazu, daß hier ein Parteimitglied im Gegensatz zu ihm behauptet, der Zolltarif habe das Brot verteuert und die Minorität im Reichstage sei „vergewaltigt" worden? Herr Eugen Richter schreibt sich die Finger wund, um der Sozialdemokratie gegenüber das Gegenteil nachzuweisen, und seine Berliner Freunde strafen ihn — weil sie es zu ihren Hetzzwecken brauchen — Lügen!

In Gumbinnen hat sich der Kandidat des „männlichen" Freisinns für Erhaltung der nationalen Wehrkraft ausgesprochen. Im Berliner Flugblatte dagegen sagt der Kandidat: „Es handelt sich darum, die bereits in Aussicht gestellten Forderungen von Heer und Marine derart zurückzudämmen, daß sie nicht die Steuerkraft des Volkes zu erschöpfen drohen." In Aussicht gestellt sind solche Forderungen bis jetzt noch nicht; dagegen weiß jeder, daß das Quinquennat im April kommenden Jahres abläuft und vom nächsten Reichstage verlängert werden muß, und daß die im alten Reichstage zurückgestellte Forderung von Schlachtschiffen wieder erhoben werden soll. Was will da der Berliner Freisinn „zurückdämmen?"

Mit der Frage der sozialdemokratischen Interne

beschäftigen sich immer mehr deutsche Blätter. Auch die „Neue Westfälische Volkszeitung" in Bielefeld hat einen Geheimbund-Artikel gebracht und sehr treffend daran die Frage geknüpft: „Was sagt die Bielefelder „Volkswacht" dazu?" Die Bielefelder „Volkswacht" schreibt nun:

Erstens wünscht die „Volkswacht" von der „Neuen Westf. Volks-Zeitung" zu wissen, ob die Verhandlungen, welche über die Affäre Hammerstein innerhalb der konservativen Partei gepflogen wurden, auch vor aller Oeffentlichkeit stattgefunden haben, zweitens, ob zu den Beratungen über die einzuschlagende Hintertreppenpolitik, wie sie das Junkertum betreibt, die Polizei hinzugezogen wird. Nach gewissenhafter Beantwortung dieser Fragen werden wir uns dann herablassen und der „Neuen Westfälischen Volks-Zeitung" ihre Frage beantworten.

Die „Volkswacht" bestreitet also garnicht, daß für gewisse interne Angelegenheiten besondere Organisationen in der Sozialdemokratie bestehen. Sie sucht deren Charakter nur zu verwischen und sie irgendwelchen vertraulichen Konferenzen gleichzustellen, die allenthalben stattfinden müssen und können. Wir klären die „Volkswacht" darüber auf, daß es sich bei der sozialdemokratischen „Interne" um eine ständig bestehende Organisationsform handelt, die ziemlich regelmäßig unter gewissen Umständen zu Beratungen und Beschließungen zusammentritt. Es liegt hier der Fall dessen vor, was im § 128 R.-St.-G. als „Verbindung" bezeichnet ist.

Inzwischen schreibt soeben die „Post" folgendes: Zu der Frage, warum das Geheimnis der Sozialdemokratie bisher gewahrt blieb, erhalten wir von derselben Seite, von welcher der letzte Artikel stammt, noch folgende Ausführungen: Bei der Erörterung der Frage, wie es möglich ist, daß die sozialistischen Geheimorganisationen so lange Zeit unbehelligt, ja sogar unbemerkt und unbekannt ihre staatsgefährliche Tätigkeit entfalten konnten, ist zu berücksichtigen, daß unter dem früher bestehenden Sozialistengesetz die Gesamtsozialdemokratie ihre Angelegenheiten überhaupt nur in streng geheimen Konventikeln beraten und beschließen konnte. Die behördlichen Maßnahmen waren in so umfassender Weise getroffen, daß es den „Genossen" nur mit Anwendung von äußerster Verschlagenheit möglich war, das wachsame Auge der Polizei zu täuschen und im Geheimen zusammenzukommen. Die Partei hatte nun unter dem Sozialistengesetze längst nicht die Zahl der Anhänger wie heute und so vollzog sich die Verbindung der einzelnen Geheim-Organisationen naturgemäß unter einer weit geringeren Anzahl von Personen als heute, und es war infolgedessen auch für die Behörden leichter, ein wachsames Auge auf die besonders markanten Persönlichkeiten zu haben. Mancher Beschluß, der für viele der Genossen weitgehende Verpflichtungen enthielt, wurde deshalb von nur sehr wenigen Personen gefaßt und selbst gewissermaßen dekretierte Anordnungen wurden von den „Genossen" ohne Widerspruch gutgeheißen, weil die Zeit zur Opposition zu kurz war, um gegenteilige Meinungen zur Geltung zu bringen. Die Zahl der Angelegenheiten, welche die öffentliche Erörterung nicht zu scheuen hatten, war damals herzlich gering und das öffentliche Hervortreten beschränkte sich ausschließlich auf die Zeit der Wahlen. Damals waren fast durchgängig die Führer der Partei auch die Träger dieser geheimen Organisationen. In den Fällen nun, wo die Behörden durch ihre umfassenden Ermittelungen und Ueberwachungen der maßgebenden „Genossen" die Beweise der „geheimen Verbindung" erbringen konnten, erfolgte ja auch nach verschiedenen Geheimbundsprozessen die Bestrafung mehrerer führenden Genossen.

Mit dem Falle der Bestimmungen des Sozialistengesetzes gelangten die „Genossen" nun in den Besitz einer größeren Bewegungsfreiheit, von der sie alsbald den umfassendsten Gebrauch machten durch Entfaltung einer zügellosen Agitation. Damit war denn die Möglichkeit gegeben, Angelegenheiten, die unter dem Sozialistengesetze noch geheim behandelt werden mußten, vor der Oeffentlichkeit abzuwickeln. Es trat auch alsbald ein Umschwung in der Repräsentation der Partei ein. Die leitenden Abgeordneten und Redakteure und einige andere Drahtzieher übernahmen die ganz spezielle Vertretung der Partei vor der Oeffentlichkeit, die auch weiterhin bestehenden Geheimorganisationen dagegen wurden nunmehr die ausschließliche Domäne derjenigen Parteigenossen, die schon im gestirgen Artikel als die Elitetruppe der Sozialdemokratie bezeichnet wurde, welche eben heute die geheime „Interne" bildet. Tatsache ist es, daß die nicht zu unterschätzende Geheimorganisationen in dem Sinne wie früher beibehalten wurden. Welch' enormen Aufschwung die Umsturzpartei nach dem Falle des Sozialistengesetzes erhielt, beweisen die bei den Wahlen erzielten Stimmen und die Anzahl der sozialistischen Mandate. Und da durch das selbstbewußte, jetzt schon mehr als anmaßende Benehmen der führenden Genossen bei den Behörden der Anschein erweckt werden mußte und vor allen Dingen sollte, als habe die Sozialdemokratie überhaupt nach dem Falle des Sozialistengesetzes keine Angelegenheiten mehr, die nicht unter Beobachtung der vereinsrechtlichen Bestimmungen und Gesetze erörtert und erledigt werden könnten, so ist ja in gewissem Sinne eine Erklärung dafür vorhanden, weshalb ein Verdacht, daß die Partei noch mit Geheimorganisationen arbeite, nicht nahe lag.

Andererseits sind auch die Schwierigkeiten nicht zu verkennen, die sich einem energischen Vorgehen als hinderlich erweisen mußten. Und an diesen Hemmnissen, die der wirkungsvollen Bekämpfung der Sozialdemokratie erwachsen, hat vor allen Dingen unser Bürgertum ein voll gerütteltes Maß von Schuld. Durch ein Entgegenkommen, das vor noch wenig Jahren einfach für unmöglich gehalten worden wäre, haben die verschiedenen Sozial-Ideologen und -Politiker, die der Sozialdemokratie volle Berechtigung zusprechen, eine Verwirrung geschaffen, die ihren beredten Ausdruck im Worte von der „Mauserung" findet. Diese konziliante Behandlung der in mißzuverstehender Weise als „Arbeiterführer" leider auch an höherer Stelle charakterisierten Parteihäuptlinge hat die Behörden und weitere Kreise anscheinend zu der Annahme veranlaßt, die Sozialdemokratie stehe mit ihrer Agitation nicht mehr auf gesetzwidrigem Boden und müsse auch danach behandelt werden. Es steht ja nun fest, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf der einen Seite nur durch den Nachweis der Unausführbarkeit ihrer utopistischen Forderungen in wirksamer Weise geschehen kann, und sich daran eifrig zu beteiligen, ist Pflicht des gesamten Bürgertums. Dabei soll nicht verkannt werden, daß berechtigte Wünsche der arbeitenden Bevölkerung, die sich der Sozialdemokratie nur als Parteiinteresse besonders angelegen sein läßt, gerechte Würdigung und Verständnis finden müssen. Andererseits ist es aber eine unabweisbare Forderung der Staatsraison, daß die oberen wie unteren Behörden der gegen die geltenden Gesetzesvorschriften verstoßenden Geheimorganisation ihre volle Aufmerksamkeit widmen.

Zum größten Teile ist das bisherige Unentdeckbleiben der „Internen" auf die fast absolute Unmöglichkeit, von Mitwissern und Mittätern etwaige Mitteilungen zu erlangen, zurückzuführen. Die zur „Internen" zugelassenen Genossen sind so vielfach gefiebt und eben für sich selbst so felsenfest von der Richtigkeit und Notwendigkeit des Sozialismus überzeugt, daß jeder einzelne es peinlich vermeidet, auch nur über an sich harmlose Vorgänge irgend wie einem Nichteingeweihten etwas mitzuteilen. Er ist sich selbst verantwortlich für jede unbewußte Indiskretion, die der von ihm vertretenen Sache schaden könnte. Es gehört schon sehr viel Mut dazu, wenn selbst bekehrte Eingeweihte reden. Sie wissen ja, daß sie sich dann den fanatischen Haß und die unablässigen Verfolgungen seitens der Sozialdemokratie zuziehen. Mit Freude ist deshalb das Erscheinen der Frickeschen Broschüre zu begrüßen.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 2. Juni.

* **Zur Frage einer Einigung der evangelischen Landeskirchen.** Das Bestreben, durch Bildung eines gemeinsamen Organs der evangelischen Landeskirchen Deutschlands eine Einigung dieser Kirchen anzubahnen, stößt auf Schwierigkeiten der verschiedensten Art. Jetzt regt sich die Opposition auch in den positiven Kreisen derjenigen Landeskirchen, in denen die Union nicht besteht, und zwar wird in diesen Kreisen die Befürchtung ausgesprochen, daß, wenn der Präsident des preußischen Oberkirchenrats in dem deutschen Kirchenausschusse dauernd den Vorsitz führe, unionistische Bestrebungen auch in denjenigen Landeskirchen Eingang gewinnen und auf diese Weise eine Verwischung des Bekenntnisstandes herbeigeführt werden könne. Die „Kreuz-Ztg." glaubt zwar nicht, daß diese Befürchtung gerechtfertigt ist, erblickt darin aber einen neuen Beweis dafür, wie schwer die Herstellung einer organischen Verbindung zwischen den einzelnen Landeskirchen zu verwirklichen ist. Jedenfalls müsse man bei dem Projekt auf eine angemessene Beschränkung des Wirkungskreises der zu schaffenden Einheit bedacht sein und sich mit der Reliktenversorgung, den Alterszulagen, den Pensionsverhältnissen, und vielleicht noch der Fürsorge für die evangelische Kirche in den Schutzgebieten, sowie für dringende Notfälle der Vertretung aller deutschen evangelischen Kirchen nach außen begnügen. Eine solche Organisation könne lebensfähig sein. Aber eine Erweiterung ihrer Zuständigkeit auf das eigentlich innere kirchliche Lebensgebiet oder gar der Plan ihrer Ausgestaltung zu einer deutschen Reichskirche erscheine unausführbar.

* **Zur Lage der deutschen Eisengießereien** schreibt der soeben erschienene Jahresbericht der Handelskammer Elberfeld folgendes: Die am Schlusse des Berichtes für das Jahr 1901 ausgesprochene Hoffnung hat sich leider bisher noch nicht verwirklicht. Die etwas vermehrte Nachfrage hielt nicht an, und nach kurzer, etwas lebhafterer Zeit wurde es wieder stiller, sodaß man froh sein mußte, Aufträge zu den Herstellungskosten zu erhalten. Die Eisengießereien gehören unzweifelhaft zu denjenigen Betrieben, welche durch den Rück-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190306021-10/fragment/page=0001

gang der Konjunktur, der um die Mitte des Jahres 1900 einsetzte und eine merkliche Besserung jetzt nach 2½ Jahren des Niederganges noch nicht erkennen läßt, — wenn man auch sagen kann, daß im letzten Drittel des vergangenen Jahres wenigstens ein Stillstand in der rückläufigen Bewegung wahrgenommen wurde — mit am schwersten betroffen sind. Die Gründe hierfür sind, wie bekannt, zunächst die unglücklichen Materialabschlüsse am Ende der Hochflutzeit zu den höchsten Preisen, deren Abwickelung sich bis Mitte des letzten Jahres und vielfach noch darüber hinaus hinzog. Sodann ist die Konkurrenz der Eisengießereien unter sich stets eine sehr scharfe gewesen. Nichtsdestoweniger wurde in der flotten Zeit noch eine sehr große Zahl neuer Gießereianlagen ins Leben gerufen, die nach und nach in Betrieb gelangten, als schon die gute Konjunktur im Schwinden begriffen war. Diese Neuanlagen können naturgemäß nur durch Unterbieten der Preise Aufträge erlangen und tragen dadurch zur Verschlechterung der Lage ungemein bei; sie glauben eben, wenn sie mir einigermaßen Beschäftigung haben, daß sie sich dann wenigstens über Wasser halten und bei Eintritt besserer Zeiten doch noch eine Existenz erringen werden. Endlich leiden die Eisengießereien immer mehr unter der Konkurrenz der großen Hüttenwerke, die selbst Hersteller von Roheisen, Koks, sowie Kohlengrubenbesitzer sind und gleichzeitig Eisengießereien betreiben. Diese letzteren Werke unterbieten überall da, namentlich wo es sich um Vergebung größerer Objekte von Massenartikeln handelt, an welche besondere Anforderungen bezüglich Qualität und akkurater Ausführung nicht gestellt werden, dieselben Gießereien, an welche sie ihr Roheisen absetzen müssen, in einer solchen Weise, daß die weiter verarbeitenden Werke gegen diejenigen, welche über eigene Rohmaterialien verfügen, das Rennen aufgeben müssen. Aus diesen verschiedenen Gründen haben die Eisengießereien mit ganz besonders großen Schwierigkeiten zu kämpfen, solange das Angebot, wie im letzten Jahre, die Nachfrage ganz wesentlich übersteigt.

* **Der sozialdemokratische Kampf gegen den Besitz.** Der „große" sozialdemokratische „Alte", Wilhelm Liebknecht, hat vor einigen Jahren einmal geäußert, die Bevölkerung der ganzen Erde sei in zwei Nationen gespalten, in die der Besitzenden und die der Besitzlosen. Der Abgeordnete Wurm hat diesen Ausspruch einigermaßen erläutert, indem er kürzlich zu Leipzig erklärte, es bestehe eine unüberbrückbare Kluft zwischen Arbeitern und Unternehmern, daß heißt, zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Aus solchen Auslassungen ist zu entnehmen, daß die Sozialdemokraten gar nicht daran denken können, sich in eine Reformpartei umzuwandeln. Der Kampf gegen den Besitz kann niemals auf friedlichem Wege ausgetragen werden. Die Besitzenden werden niemals das Ihrige ohne scharfe Gegenwehr den von der Sozialdemokratie aufgestachelten Besitzlosen überantworten, deren Führer selbst zu den Besitzenden gehören, aber nicht daran denken, die von dem Abgeordneten Wurm geschilderte Kluft auszufüllen.

---

* **Se. Maj. der Kaiser** machte am Sonnabend früh von 7¼ Uhr ab einen Spazierritt in der Umgebung von Potsdam und hörte von 9 Uhr ab den Vortrag des Chefs des Zivilkabinets Wirkl. Geh. Rats Dr. v. Lucanus. Später hörte er die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts von Tirpitz und des Chefs des Marinekabinetts, Generaladjutanten Vize-Admirals Freiherrn von Senden-Bibran.

* **Ueber den Erbprinzen Bernhard von Meiningen** schreibt heute die „Schles. Ztg.": Sein Name steht unter denen der gegenwärtigen deutschen Heerführer mit an erster Stelle, und weit über Schlesiens Grenzen hinaus erblickte man in ihm einen Armeeführer, der Deutschlands Söhne gegebenenfalls sicher zum Siege führen würde. All seine eminente Arbeitskraft und Begeisterung für den Dienst hat der Erbprinz in den 8 Jahren seiner Kommandoführung darauf konzentriert, dem Armeekorps eine kriegsmäßige Ausbildung zu geben. Daß er dazu besonders befähigt war, bezeugt schon der Umstand, daß er nicht nur in Dienststellen Verwendung gefunden hat, welche hergebrachterweise Prinzen übertragen werden, sondern auch in solchen, welche eine hohe Intelligenz und tieferes Eindringen in die Wissenschaften der höheren Truppenführung erfordern. Er hat sein Ziel erreicht, das 6. Armeekorps auf die höchste Stufe der Kriegstüchtigkeit gebracht und es in straffster Disziplin und begeisterter Hingabe an den Dienst erzogen zu haben. Einer der kompetentesten Beurteiler, der letzte der großen Heerführer aus dem deutschen Einigungskampfe, König Albert von Sachsen, hat schon vor Jahren geäußert: „Bernhard Meiningen ist einer unserer tüchtigsten kommandierenden Generale". Der Erbprinz ist eben nicht aus fürstlicher Liebhaberei, sondern allezeit mit Leib und Seele Soldat gewesen. An sich selbst und an die eigenen Leistungen stets den strengsten Maßstab legend, stellte er hohe Anforderungen auch an seine Untergebenen, die er andererseits aber auch aufs eifrigste förderte, wo er tüchtiges Wissen und Können fand; und nicht wenige von ihnen haben in dem Erbprinzen einen väterlich wohlwollenden Freund kennen gelernt, der auch materiell für sie in die Bresche trat. In jeder Beziehung auf das Wohl jedes einzelnen Angehörigen seines Armeekorps bedacht — es sei nur an die Errichtung des Genesungsheims in Landeck, an seine Erlasse gegen Soldatenmißhandlungen, gegen Alkoholmißbrauch usw. erinnert — besitzt der Erbprinz ein ausgezeichnetes Gedächtnis für jede Aufmerksamkeit oder Freundlichkeit, die ihm je erwiesen worden ist, und eine herzgewinnende Gabe, sich dafür erkenntlich zu zeigen — ein Zeichen deutscher Treue.

* **Personalien.** Wie die „Nordd. Allgem. Ztg." hört, sind die bisherigen Attaches von Krause und v. Teichmann und Logischen nach bestandenem diplomatischen Examen zu Legationssekretären ernannt worden; Herr v. Teichmann hat vorübergehend bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Bukarest Verwendung gefunden. Ferner ist der bisherige Attaché, Gerichtsassessor v. Radowitz unter Ernennung zum Legationssekretär der kaiserlichen Gesandtschaft in Peking zur kommissarischen Beschäftigung zugeteilt worden.

* **Auszeichnung an die Kaiserin von Japan.** Der Kaiser hat der Kaiserin von Japan den Luisenorden erster Abteilung mit der Jahreszahl 1813/14 und der Prinzessin Kotmatsu von Japan die Rote Kreuzmedaille erster Klasse verliehen.

* **Stiftungsfest des Lehrinfanterie-Bataillons.** In Potsdam fand Montag vormittag 11 Uhr das Stiftungsfest des Lehrinfanterie-Bataillons statt. Am südlichen Flügel des Neuen Palais, unter den alten Kastanienbäumen war ein Feldaltar errichtet. Das Lehrinfanterie-Bataillon hatte mit der Fahne im offenen Viereck Aufstellung genommen. Um 11 Uhr erschienen vom Neuen Palais kommend Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, der Kronprinz und sämtliche zur Zeit in Berlin und Potsdam weilenden Prinzen und Prinzessinnen, der Herzog von Koburg, der Fürst von Hohenzollern, die Prinzessin Feodora von Schleswig-Holstein, die gesamte Generalität, der Vertreter des Kriegsministers Generalleutnant von Einem, das Hauptquartier, die Kabinettschefs und die fremden Militär-Attachees. Den liturgischen Gottesdienst hielt der Hof- und Garnisonprediger Kehler ab. Der Gesang wurde vom Militärtrickchenchor der Garnisontirche ausgeführt. Nach dem Gottesdienst stellte sich das Bataillon auf dem Dekonomiehofe auf. Der Kaiser schritt die Front ab; sodann fand ein Parademarsch in Zügen statt. Darauf begaben sich die Majestäten mit den übrigen Fürstlichkeiten über die Mopke nach den Kolonnaden, die mit militärischen Emblemen und den Fahnen der Bundesstaaten festlich geschmückt waren. Die Mannschaften hatten unter Zelten zum Essen Platz genommen. Die Majestäten mit Gefolge machten einen Rundgang an der Tafel. Der Kaiser brachte beim Essen ein Hoch auf die Armee aus, der kommandierende General des Gardekorps General von Kessel erwiderte mit einem Hoch auf den Kaiser. Während des Essens konzertierten die Kapellen der Potsdamer Regimenter. Um 1 Uhr begaben sich die Majestäten nach dem Neuen Palais zurück.

---

* **Zollvertragsverhandlungen.** Wie der Deutsch-Russische Verein mitteilt, wird, um Mißverständnissen möglichst vorzubeugen, den Verhandlungen über den Text und über die Zollsätze in einem neuen russischen Vertragstarif weder der russische Text noch die deutsche Uebersetzung zu Grunde gelegt werden, sondern eine gewissermaßen vermittelnde, unparteiische französische Uebersetzung.

* **Zu den Wahlen.** Die Gerichtsbehörden sind angewiesen worden, bei der Terminsansetzung die Reichstagswahl zu berücksichtigen. Kurz vor der Haupt- bezw. Stichwahl sollen Prozesse, zu denen Zeugen von auswärts zu laden sind und die voraussichtlich von längerer Dauer sein werden, nicht zur Verhandlung gelangen, damit die Zeugen nicht ihres Wahlrechtes verlustig gehen.

* **Zu den sozialdemokratischen Wahlausschreitungen.** Rohe Gewalt haben nach dem „Fränk. Kur." die Sozialdemokraten angewandt in den freisinnigen Versammlungen in Leichendorf und Banderbach. Das genannte freisinnige Blatt berichtet: „In Leichendorf waren am Sonntag etwa 30 Genossen, die zum Teil schon stark betrunken waren, erschienen und zwangen durch wüsten Lärm und rohe Beschimpfungen den Redner, sein Referat abzubrechen. In Banderbach versuchten dieselben Bildungsträger des Zukunftsstaates, das gleiche Ergebnis zu erzielen, allein da kamen sie gerade in dem Augenblick an, wo die freisinnige Versammlung geschlossen wurde. Mit gemeinen Schimpfworten, Gejohle und Drohungen stürmten die Genossen in den Saal, und als sie einer der freisinnigen Redner fragte, ob sie vielleicht Mitglieder des sozialistischen Arbeiterbildungsvereins wären, antwortete einer von denen, welche der Welt ewigen Frieden und Glück predigen: „Hast Dei Backenzähn numeriert?" Das ist Kampfesweise der Sozialdemokraten!"

* **Die Reichstagskandidaten der Sozialdemokratie.** Die Sozialdemokraten haben in 394 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, davon sind 72 Doppelkandidaturen. In dem Verzeichnis, welches der „Vorwärts" veröffentlicht, ist der Stand oder die Berufsstellung der Kandidaten schwer zu kontrollieren; denn meistens ist dies verschwiegen. In ganz verschwindender Zahl sind es Arbeiter, die die Sozialdemokratie für geeignet hält, die eigenen Interessen im Reichstage zu vertreten, und doch könnte gerade die sozialdemokratische Partei Arbeiter in den Reichstag schicken, weil sie ja Diäten auszahlt und dazu Dank reicher Spenden auch in der Lage ist. Freilich die Diäten finden andere Liebhaber als gerade die Arbeiter, die zum Verteilen von Flugblättern und Zahlen von Beiträgen gerade gut genug sind. Redakteure, Expedienten, Geschäftsführer, auch Lagerhalter, Krämer und Schankwirte sind es, welche die Sozialdemokratie zur Uebernahme von Reichstagsmandaten und zum Bezuge von Parteidiäten für würdig erachtet. Das ist der Stab, der auch in dem „völkerbeglückenden" Zukunftsstaate an der Spitze stehen wird. Die Arbeiter sind das Kanonenfutter.

---

* **„Zur Bekämpfung der Kurpfuscherei".** Die von der Aerztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin eingesetzte „Kommission zur Bekämpfung der Kurpfuscherei" veröffentlicht im Verfolg eines Beschlusses der Aerztekammer und einer Anweisung des Oberpräsidenten vom 27. April 1902 folgende „Warnung" an das Publikum vor Kurpfuschern:

„Während die vom Staate geprüften und approbierten Aerzte die öffentliche Anpreisung ihrer Leistungen als standesunwürdig verschmähen, suchen zahlreiche Personen ohne gründliche Kenntnisse das leidende Publikum durch Zeitungsinserate, auf den Straßen verteilte Reklamen oder von Agenten kolportierte wertlose Bücher anzulocken, wobei sie sich trügerische Titel beilegen, unerfüllbare Versprechungen machen oder gefälschte, erkaufte oder erschwindelte Danksagungen veröffentlichen. Die Unsummen, die für diese Reklamen gezahlt werden müssen, beweisen, wie gewinnbringend dieses Geschäft ist. Aus dem Erlasse des Herrn Kultusministers vom 8. März 1899 ergibt sich andererseits, daß in den acht Jahren (1890—1897) in Preußen nicht weniger als 177 Verurteilungen nichtapprobierter Heilkünstler wegen fahrlässiger Körperverletzung oder fahrlässiger Tötung zu insgesamt 63 Jahren, 3 Monaten, 1 Tag Gefängnis erfolgt sind. Das Kurierverbot für nichtapprobierte Personen ist 1869 vom Norddeutschen Bundestage aufgehoben worden, weil die Mehrheit der Volksvertreter annahm, daß das Publikum bereits aufgeklärt genug sei, sich vor schwindelhaften Spekulationen auf die Leichtgläubigkeit Kranker selbst zu schützen. Möge demnach das Publikum die Vorsicht, die es im geschäftlichen Verkehr zu üben gewohnt ist, auch da anwenden, wo es sich um seine Gesundheit und sein Leben handelt! Nur der Titel Arzt garantiert dafür, daß der Staat den Besitzer dieses Titels geprüft hat. Alle anderen Titel betrachte man mit Mißtrauen. Alle Heilungsversprechen sind wertlos, denn wenn sie nicht erfüllt werden, kann die Schuld immer den Leidenden zugeschoben werden. Allen veröffentlichten Danksagungen mißtraue man, wenn man die Danksagenden nicht als ehrenwerte Personen kennt und selbst befragt hat!"

* **Die Geheimmittelliste.** Die Veröffentlichung der ersten Geheimmittelliste soll, wie die „Monatsschrift für pharmazeutische Großindustrie" mitteilt, unmittelbar bevorstehen. Es verlautet, daß ungefähr 100 Mittel auf die erste Liste gesetzt werden sollen; die Aufstellung einer zweiten Liste scheine geplant zu sein.

* **Die Novelle zum Krankenkassengesetz.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Novelle zum Krankenkassengesetz. Danach steht im § 21 Ziffer 2a der richtige Text, so daß also neben Kur und Verpflegung ein Krankengeld bis zur Hälfte (nicht bis zur Höhe) des durchschnittlichen Tagelohnes bewilligt werden kann.

* **Die Bekämpfung der Wurmkrankheit.** Die „Berl. Korr." wendet sich gegen einen Artikel des „Vorwärts", in dem behauptet wird, das Ergebnis der am 4. April abgehaltenen Konferenz zur Beratung von Maßregeln zur Bekämpfung der im Oberbergamtsbezirk Dortmund herrschenden Wurmkrankheiten sei fast Null, und stellt fest, daß mit Ausnahme von zweien alle Anträge die Zustimmung der Werksbesitzer gefunden haben, so der Antrag, die Belegschaften wiederholt mikroskopisch untersuchen zu lassen, nur für wurmfrei erklärte Arbeiter anzunehmen. Untersuchungsstationen einzurichten, die vorbeugenden Maßregeln zu verschärfen, und weitere Versuche mit der Desinfektion der Gruben zu machen. Nicht gutgeheißen wurden die Anstellung von Arbeitern als Kontrolleure und die Bekanntmachung der Vorschriften in polnischer Sprache, da diese Vorschläge politischen Charakters waren und mit der Wurmkrankheit nichts zu tun hatten. Die Korrespondenz widerlegt die Behauptung, Maßnahmen zur Bekämpfung der Wurmkrankheit seien überhaupt noch nicht getroffen worden. Vom Oberbergamt Dortmund sei bereits für 23 Zechen auf deren Kosten die Untersuchung der Belegschaft angeordnet worden und weitere Anordnungen seien in naher Aussicht. Die Bergpolizeiverordnung über die Feststellung und Bekämpfung der Wurmkrankheit habe die Zustimmung der beteiligten Organe gefunden und werde am 1. Juli in Kraft treten.

---

* **Neue Eisenbahnbremsen.** Der Bremsfrage wird von der preußischen Staatsbahnverwaltung die größte Aufmerksamkeit gewidmet; jede Neuerung auf diesem Gebiete wird eingehend geprüft. So wird, wie die „Nordd. Allg. Ztg." hört, eine elektrische Steuerung der Luftdruckbremse zur Zeit erprobt; sie soll nicht nur den Zug schneller als bisher zum Stehen bringen, sondern auch ein Versagen der Bremse unter allen Umständen ausschließen, indem bei jeder Unregelmäßigkeit der Zug selbsttätig festgebremst wird. Diese Neuerung soll sich sowohl bei Versuchsfahrten als auch im Dauerbetriebe auf der Strecke Berlin-Stralsund gut bewährt haben. Wie bekannt, ist man bestrebt, angeregt durch die Versuche der Studiengesellschaft für Schnellbahnen, auch die Fahrgeschwindigkeit der mit Dampf betriebenen Züge zu erhöhen, dies bedingt aber, daß die Wirkung der Bremse verstärkt wird. Eine diesen Zügen dienende neue Bremse wird ebenfalls zur Zeit einer Erprobung im Betriebe unterworfen.

* **Die Sozialdemokratie ist antimonarchisch.** Das hat in diesen Tagen Singer in einer Berliner Versammlung ausdrücklich erklärt und hinzugefügt, die Sozialdemokratie habe daraus, daß sie antimonarchisch sei, niemals ein Hehl gemacht, sie stehe einfach auf dem Standpunkte, daß ein politisch reifes Kulturvolk sich selbst regieren müsse, daß nicht des Königs, sondern des Volkes Wille als das höchste Gesetz zu gelten habe. Diesen Ausspruch können sich die Mauerungspolitiker hinter die Ohren schreiben. Alle königstreuen Wähler aber können daraus ersehen, daß sie die Pflicht haben, die sozialdemokratischen Feinde der Monarchie und deren Helfershelfer auf das nachdrücklichste und rücksichtsloseste zu bekämpfen.

* **Sozialdemokratische Sitten.** In der „Kreuzztg." lesen wir: Die sozialdemokratischen Sitten (wenn man von solchen überhaupt noch reden kann) im Wahlkampfe verwildern immer mehr. Im Reichstage hatten sie bekanntlich als Schlachtruf die Worte „Rhabarber, Rhabarber" und „Debatte, Debatte" gebraucht, die, in gehöriger Mischung und schnell gesprochen, „großartig" wirken, immerhin aber einen gewissen Apparat erfordern; neuerdings wenden die Genossen in Berliner Wahlversammlungen einen einfacheren Erkennungsruf an, der dennoch die überraschendsten Effekte erzielt; es ist das allbekannte anheimelnde „Muuuh!" Es bewährte sich gestern im Feenpalaste ausgezeichnet. Vermöge seines lange anhaltenden, dumpfen Tones eignet es sich vorzüglich zur Unterdrückung unangenehmer politischer Feststellungen gegen die Sozialdemokratie; eine Horde von Genossen setzte an „sitzlichen" Stellen stets pünktlich ein, erregten damit aber beim Vorsitzenden Widerspruch, der ihnen den Rat gab, in den Kuhstall zurückzukehren.

* **Oberlehrerinnenprüfung.** Die Fälle, daß Lehrerinnen, welche sich in der Vorbereitung auf die wissenschaftliche Prüfung der Lehrerinnen (Oberlehrerinnenprüfung) befinden, wegen Mangels an ausreichenden Mitteln zur Fortsetzung und Beendigung ihrer Studien um die Bewilligung von Unterstützungen aus Staatsfonds bei dem Kultusminister einkommen, haben sich in letzter Zeit in auffälliger Weise vermehrt. Der Minister hat daraus Veranlassung genommen, an die Leitung verschiedener Vorbereitungsinstitute das Ersuchen zu richten, künftig die Lehrerinnen, welche sich zum Eintritte in die wissenschaftlichen Fortbildungskurse zum Zwecke der Vorbereitung auf die Oberlehrerinnenprüfung melden, auf die Höhe der durch das Studium voraussichtlich erwachsenden Kosten aufmerksam zu machen und eventuell dringend davor zu warnen, eine auch nur einigermaßen sichere Lebensstellung aufzugeben und sich einer ungewissen Zukunft anzuvertrauen. Nach wie vor wird der Minister zwar gern bereit sein, besonders befähigten und eifrigen Lehrerinnen, die sich auf die Oberlehrerinnenprüfung vorbereiten, sofern sie in bedrängter Lage sind, aus den für derartige Zwecke durch den Staatshaushalts-Etat bereitgestellten Mitteln Beihilfen zu gewähren. Diese Mittel sind aber sehr beschränkte.

* **Russische Zuckerindustrie.** Rußland ist auf dem Wege, sich die größte Rübenzuckerindustrie der Welt großzuziehen. Der Anbau von Zuckerrüben hatte bereits in den letzten Jahren in Rußland eine größere Ausdehnung als in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und den übrigen Rübenzuckerländern. Während in Deutschland die Anbaufläche im Jahre 1902 429 000 Hektar betrug und für 1903 auf 412 000 Hektar geschätzt wird, stellt sich die Schätzung für Rußland auf 598 000 und 565 000 Hektar. Etwa ein Drittel der gesamten in Europa mit Zuckerrüben bebauten Fläche entfällt auf Rußland. Was die Menge des produzierten Zuckers betrifft, so steht freilich Rußland noch hinter Deutschland zurück. Am meisten hat die russische Zuckerindustrie während des letzten Jahrzehnts an Ausdehnung gewonnen. Vor zehn Jahren wurde noch deutscher Zucker nach Rußland eingeführt. Im Jahre 1893 belief sich die deutsche Zuckerausfuhr nach Rußland und Finland auf 94 800 Doppelzentner (fast ausschließlich Raffinade), 1894 auf 86 940, 1895 auf 78 090, 1896 auf 68 800, 1897 auf 73 400, 1898 auf 41 550, 1899 auf 15 650 Doppelzentner. Der weitaus größte Teil dieser Mengen ist allerdings nach Finland gegangen. Da jetzt russischer Zucker zollfrei nach Finland eingeht, ist auf dem finländischen Markt der Wettbewerb des deutschen Zuckers mit dem russischen ausgeschlossen.

In der letzten Zeit sind die Zuckerpreise in Rußland infolge der raschen Zunahme der Produktion sehr gefallen. Dies hat neuerdings zu einer privaten Einigung unter den russischen Raffineuren geführt. In einer vor kurzem in Kiew abgehaltenen Versammlung, in der die Fabriken des Nordens und Südens vertreten waren, wurde beschlossen, die Produktion für die gegenwärtige Kampagne um 1 Million Pud zu verringern. In der nächsten Kampagne soll dann wieder das Quantum von 35½ Millionen Pud, das für die laufende Periode in Aussicht genommen war, produziert werden. Die Warschauer Raffinerien und einige kleinere Fabriken sind an der Vereinbarung nicht beteiligt. Die Gesamtzahl der in Betrieb befindlichen Zuckerfabriken Rußlands stellt sich für die laufende Kampagne, ebenso wie für die vorjährige auf 277.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Von den Tschechen.

Die Jungtschechen sind bemüht, sämtliche außerhalb ihres Verbandes stehenden tschechischen Fraktionen (Klerikale, Radikale und Agrarier) zum Beitritt zu bewegen. In religiösen und wirtschaftlichen Fragen soll die Abstimmung jedem einzelnen freigegeben werden. Die Jungtschechen wollen damit einerseits die radikalen Fraktionen lahmlegen, anderseits ihre eigene Stellung gegenüber der Regierung sichern.

Frankreich.

Telegrammwechsel zwischen Loubet und dem Kaiser von Rußland.

Gelegentlich der Zweihundertjahrfeier in Petersburg hat der Präsident Loubet an den Kaiser von Rußland folgendes Telegramm gerichtet: „In dem Augenblick, wo die Hauptstadt des befreundeten und verbündeten Reiches die Zweihundertjahrfeier ihrer Gründung begeht, erinnere ich mich in Dankbarkeit des warmen Empfanges, der mir die Bevölkerung von Petersburg im Jahre 1902

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190306021-10/fragment/page=0002

bereitet hat, während ich der Gast Ew. Majestät war. Auch richte ich von ganzem Herzen an Ew. Majestät mit den aufrichtigsten Wünschen für das Gedeihen Ihrer herrlichen Hauptstadt den erneuten Ausdruck meiner unwandelbaren, sehr lebhaften Freundschaft."

Der Zar antwortete: „Ihr Telegramm hat mich lebhaft gerührt. Petersburg bewahrt von Ihrem Verweilen unter uns eine tief sympathische Erinnerung; der Besuch des Oberhauptes des befreundeten und verbündeten Staates bewahrt allezeit seinen in den geschichtlichen Annalen besonders gekennzeichneten Ehrenplatz. Indem ich Ihnen von Herzen für Ihre guten Glückwünsche danke, bitte ich Sie, stets an meine Gefühle lebhafter und sympathischer Freundschaft zu glauben."

Italien.

Ordensgeneral.

Das unter dem Vorsitze des Kardinals Martinelli tagende Generalkapitel des Franziskanerordens wählte zum Ordensgeneral den thüringischen Provinzialpater Dionysius Schuler.

Türkei.

Die makedonische Bewegung.

Das Gerücht, die Pforte wolle den früheren türkischen Kommissar in Sofia, Nedjib Effendi Melhame, in vertraulicher Mission nach Sofia senden, hat sich bisher nicht bestätigt.

Nach den Angaben der Pforte unterzucht eine gemischte Zivil- und Militärkommission die Vorgänge in Smerdesch. Gegenüber der Angabe, die türkischen Truppen hätten Smerdesch ohne Grund angegriffen und zerstört, wird von türkischer Seite auf die Verluste der türkischen Truppen hingewiesen.

Montenegro.

Tabakmonopol.

In Montenegro ist ein Tabakmonopol eingeführt worden. Die Konzession ist einer Aktiengesellschaft in Venedig für die Dauer von fünfzehn Jahren verliehen worden. Die Ausbeutung des Monopols beginnt im nächsten Jahre.

Aus Nah und Fern.

Vom Roten Kreuz. Das Zentral-Komitee des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz hielt unter dem Vorsitz des Vize-Oberzeremonienmeisters, Kammerherrn v. v. d. Knesebeck eine Sitzung ab, in welcher nach einigen geschäftlichen Mitteilungen die Neuwahl von vier Mitgliedern erfolgte. Bezüglich der Verwendung der nach dem letzten Sitzungsberichte dem Zentral-Komitee zugewendeten Schertung von 50 000 Mark wurde nach längeren Beratungen der Beschluß gefaßt, daß mit dieser Summe dem dringenden Bedürfnis, Mitgliedern der freiwilligen Sanitäts-Kolonnen vom Roten Kreuz für einmalige Unfälle im Friedensdienst und für die im Kriegsfalle innerhalb des Bereiches des Besatzungsheeres erlittenen Dienstbeschädigungen eine entsprechende Vergütung zu gewähren, genügt werden solle. Gleichzeitig wurde aber als Beratungsgegenstand für die nächste Sitzung der Vorschlag in Aussicht genommen, aus den außerordentlichen Einnahmen der Vereinsorganisation jährliche Quoten in den Etat einzusetzen, welche als Grundstock für ein von Jahr zu Jahr schwerer zu entbehrendes Dienstgebäude des Zentral-Komitees und anderer Zentralstellen vom Roten Kreuz angehäuft werden sollen. Einem Gesuch des Vorstandes der dem Roten Kreuz angeschlossenen Kahlenberg-Stiftung in Magdeburg um Ueberlassung eines größeren zinslosen Darlehens wurde aus prinzipiellen Gründen nicht entsprochen, daggegen eine angemessene Subvention für das laufende Jahr bewilligt.

Zu dem Eisenbahnunglück in Drebkau wird noch folgendes gemeldet: Der Zug Nr. 983, von Großenhain nach Kottbus, ist Freitag abend 10¾ Uhr zwei Kilometer vor der Station Drebkau (Kilometer 64,2) durch eine auf die Schienen gelegte Schwelle zur Entgleisung gebracht worden. Der Lokomotivführer bemerkte während der Fahrt plötzlich, daß dicht vor der Maschine quer über dem Gleis eine Eisenbahnschwelle lag. Er versuchte sofort, die Maschine zum Stehen zu bringen, doch konnte der in diesem Moment mit einer Geschwindigkeit von 70 Kilometern fahrende Zug nicht mehr rechtzeitig angehalten werden; die Lokomotive fuhr auf das Hindernis auf, entgleiste, lief noch einige Meter neben den Schienen her, stürzte um und riß zwei Packwagen, sowie zwei Personenwagen mit sich. Die Wagen wurden völlig zerschmettert, die Maschine stellt bis zu den Kesselwänden im Sande. Während Lokomotivführer und Heizer unverletzt blieben, wurde der Hilfsbremser Hermann Noack aus Kottbus auf der Stelle getötet; drei Personen, der Packmeister Neumann, der Schaffner Riksch und der Wagenführer Küne, sind schwer verletzt, drei Reisende aus Dresden und Kottbus, sowie drei Bremser leichter verletzt worden. Die mutmaßliche Ursache der Entgleisung ist das Auflegen einer Eisenbahnschwelle quer über die Schienen durch ruchlose Hand. Die Strecke war bis Sonnabend 7 Uhr vormittags gesperrt. Von einem Zugbaar mußten die Reisenden an der Unfallstelle umsteigen. Der Güterverkehr wurde über Calau geleitet.

Ein deutsches Kriegerdenkmal in Amerika. Das erste Denkmal, das bis jetzt in den Vereinigten Staaten zum Andenken an Deutsche, die am deutsch-französischen Kriege teilgenommen haben, errichtet worden ist, ist am Sonnabend auf dem Hillside-Kirchhofe zu Philadelphia unter Teilnahme des Zentralverbandes der Veteranen und ehemaligen Soldaten der deutschen Armee in Philadelphia enthüllt worden. Der deutsche Konsul Ritschl leitete die Feier und nahm die Enthüllung vor. Ungefähr 5000 deutsche Veteranen waren anwesend. Das Denkmal besteht aus einem Soldaten aus Bronze, der aus erbeuteten Kanonen hergestellt ist; die Geschütze sind der Vereinigung in Philadelphia vom deutschen Kaiser geschenkt worden.

Die Inschriften an dem am Freitag, wie berichtet, eingeweihten Obelisken zu Döberitz lauten: Südseite, Vorderansicht: „Wilhelm II. dem Andenken seines großen Ahnherrn, seiner ruhmvollen Armee und ihrer heldenmütigen Tapferkeit." Ostseite: „Friedrich II. der Große führte von diesen Feldern vor 150 Jahren sein Heer zu Kampf und Sieg". Nordseite: „Friedrich II., König von Preußen, lag mit 44 000 Mann im Lager zu Döberitz, 12. bis 14. September 1753." „Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König von Preußen, lag mit dem Gardekorps im Lager zu Döberitz 28. bis 29. Mai 1903". Westseite: „Ihre Taten bleiben unser Eigentum, ein Beispiel der Nacheiferung für alle Zeiten."

Belohnung. Das Königliche Polizeipräsidium zu Berlin setzt eine Belohnung von tausend Mark auf die Ergreifung des Mörders der 13 jährigen Schülerin Lina Hoffmann aus, die seit dem 23. Mai vermißt, am 30. Mai bei Haselhorst aus dem Spreekanal als Leiche gelandet wurde. Die Leiche war vielfach verstümmelt, das rechte Bein fehlte. Es scheint ein Lustmord vorzuliegen.

Vandalismus. In der Nacht zum Sonnabend wurde das Denkmal des Kurfürsten Joachim Friedrich in der Siegesallee durch Herausschlagen eines Stückes Marmor beschädigt. Als Täter wurde ein Student der technischen Hochschule in Charlottenburg in flagranti festgenommen.

Goldsendung. In New York gelangten am 1. Juni 500 000 Dollars Gold nach Frankreich und 250 000 Dollars nach Argentinien zur Verschiffung.

Einem schwunghaften Kinderhandel ist die Hamburger Polizeibehörde auf die Spur gekommen. Die in der Wilhelminenstraße wohnende Frau Elisabeth Wiese hat schon seit längerer Zeit neugeborene Kinder in Pflege genommen, über den Verbleib von einigen dieser Kostkinder aber keine Rechenschaft geben können. Die Behörde hat festgestellt, daß sich die Wiese in drei Fällen von armen Dienstmädchen 100, 120 und 200 Mark hat zahlen lassen, und dafür deren neugeborene Kinder in Pflege genommen hat. Sie hatte es aber nur auf das Geld abgesehen, denn sie gab die Säuglinge gegen eine Gebühr von monatlich 20 Mark sofort weiter in Pflege; die erste Rate hat sie auch bezahlt, sich dann aber nicht mehr um die kleinen Wesen gekümmert, so daß sich deren Pflegeeltern, da sie kein Kostgeld mehr erhielten, schließlich an die Polizei wandten, die die Kinder dann den Müttern wieder übergab. In anderen Fällen konnte man jedoch den Verbleib der Kostkinder nicht feststellen. Das eine Kind soll nach Ostpreußen geschafft sein, wo es spurlos verschwunden ist. Die Behörde glaubt auch, daß sich die Wiese der Kindesunterschiebung schuldig gemacht hat. Vor einigen Tagen ging nämlich eine Notiz durch die Presse, daß eine Amerikanerin ein Kind unterschoben habe, um dadurch in den Besitz einer reichen Erbschaft zu gelangen. Hierbei soll auch die Wiese ihre Hand im Spiele gehabt haben. Sie hat zu verschiedenen Müttern gesagt, sie sollten ihr nur die Kinder geben, sie könne sie gut nach England verkaufen. Tatsächlich hat sie auch in Gemeinschaft mit ihrer unehelichen Tochter Berkefeld ein Kind in England unterschoben. Die Berkefeld diente in London bei einem Arzte Dr. Goldschmidt, der ein intimes Verhältnis mit ihr unterhielt. Vor einigen Monaten teilte sie dem Dr. G. mit, daß sie sich in gesegneten Umständen befinde, und sie reiste dann auf Kosten ihres Dienstherrn nach Hamburg zu ihrer Mutter. Hier will sie einem Mädchen das Leben gegeben haben. Sie schrieb an Dr. Goldschmidt und dieser sandte ihr 1000 Mark; er wollte aber das Kind sehen und schickte deshalb eine Wartefrau nach Hamburg, um Mutter und Kind nach London zu bringen. Nun hatte die Wiese gerade das Kind eines Dienstmädchens Blank gegen Zahlung von 120 Mark angenommen, die Kleine aber sofort für 20 Mark monatlich an eine Frau W. in Harburg in Pflege gegeben. Da diese Frau keine weitere Zahlung erhalten konnte, gab sie das Kind an die Wiese zurück. Dieses Kind der Blank wurde nun für das Kind der Berkefeld, die in Wirklichkeit gar nicht geboren hatte, ausgegeben und an Dr. Goldschmidt in London gesandt. Die Hamburger Polizeibehörde hat sich mit der Londoner Kriminalpolizei und auch mit der amerikanischen Polizei in Verbindung gesetzt, um Licht in die Angelegenheit zu bringen.

1500 Kronen für zwei Buchstaben. Aus Kopenhagen schreibt man: Im hiesigen Telegraphenamte ist dieser Tage ein Telegraphierfehler vorgekommen, der, obgleich es sich nur um zwei Buchstaben handelt, doch für 1500 Kronen Schaden angerichtet hat. Ein Schiffsreeder in Christiania hatte an seinen Kapitän, der mit einem Schiffe auf der Kopenhagener Reede lag, telegraphiert: „Nach Langesund abgehen!" Der Kapitän erhielt aber die Depesche in folgender Form: „Nach Haugesund abgehen!" Diesem Befehle folgte er sofort und fuhr nach Haugesund. Hier wartete er mehrere Tage und wunderte sich, von seinem Reeder keine näheren Instruktionen zu erhalten. Andererseits war der Reeder ärgerlich, daß der Kapitän ihm keine Nachrichten sende. Zuletzt depeschierte der Kapitän an den Reeder und fragte ihn, was sein Schweigen bedeute. Nun wurde der Irrtum aufgeklärt. Nach näherer Untersuchung stellte es sich heraus, daß die Depesche in Kopenhagen richtig eingetroffen war, der Telegraphist aber Haugesund anstatt Langesund aufgenommen hatte. Die beiden falschen Buchstaben kosteten dem Reeder 1500 Kronen, die er nun vom Telegraphenamte in Kopenhagen zurückfordert; da dieses aber für die in die Depeschen einlaufenden Fehler keine Verantwortung übernehmen will, wird die Sache wohl einen Prozeß zur Folge haben.

Die Pläne für das deutsche Reichshaus auf der Weltausstellung in St. Louis sind, wie die „Wöchentliche Uebersicht", das Organ der Ausstellungsleitung, meldet, in diesen Tagen von dem in St. Louis weilenden deutschen Reichskommissar dem Präsidenten der Ausstellung und durch diesen dem Direktor der Gebäudeausführung übermittelt worden. Der Begleitbrief des Reichskommissars betont, daß sich die deutsche Regierung bemüht habe, die Architektur des Reichsgebäudes in Einklang mit den in seiner nächsten Nähe befindlichen Ausstellungsgebäuden zu bringen. „Das zur Ausführung bestimmte Gebäude", sagt der Brief, „ist eine fast genaue Nachbildung des Mittelteils des königlichen Schlosses zu Charlottenburg bei Berlin. Das Gebäude hat einen wichtigen Platz in der Entwickelungsgeschichte der deutschen Architektur. Es wurde gegen das Ende des XVII. Jahrhunderts für und unter der Aufsicht Friedrichs I., des ersten Königs von Preußen, durch Andreas Schlüter, den größten deutschen Architekten jener Periode, gebaut." Das Parterre des Reichshauses wird zu Lese-, Schreib-, Konversationszimmern und Bureaus eingerichtet. Das erste Stockwerk wird den Zwecken der Repräsentation dienen. Es wird einen Teil der Möbeleinrichtungen des Schlosses von Charlottenburg, deren Details ebenfalls vom Architekten Schlüter feinerzeit gezeichnet worden sind, enthalten. „Mein Erhabener Souverän, Seine Majestät der deutsche Kaiser," bemerkt Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Lewald in seinem Begleitbriefe weiter, „hat die freundliche Absicht ausgesprochen, daß diese Räume mit kostbaren alten Möbeln, mit Gobelins und mit silbernen Prunkstücken aus vergangener Zeit, die sich in seinem Besitz befinden, ausgeschmückt werden."

Wissenschaft, Kunst und Theater.

— Internationale Ballonfahrt. Am Donnerstag, den 4. Juni 1903, findet in den Morgenstunden eine internationale wissenschaftliche Ballonfahrt statt. Es steigen bemannte und unbemannte Ballons sowie Drachen auf in Trappes, Paris, Straßburg i. E., Barmen, Zürich, Wien, Bath, Berlin, Petersburg, Rom, Madrid und Blue Hill, U. S. A. Der Finder eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung.

— Geographentag. Montag (2. Feiertag) abend fand in Gürzenich zu Köln ein Begrüßungsabend des morgen und übermorgen hier tagenden 14. Deutschen Geographentages statt.

Telegramme.

Berlin, 1. Juni. Heute mittag ist im Auswärtigen Amt folgendes Telegramm des kaiserlichen Konsuls in Durban eingetroffen: „Südpolarschiff „Gauß" Pfingstsonntag Durban Kapstadtwärts passiert."

Ztehoe, 1. Juni. Prinz Julius von Schleswig-Holstein-Glücksburg, der Bruder des Königs von Dänemark, ist heute abend 6¾ Uhr gestorben.

München, 1. Juni. Staatsminister Freiherr von Podewils, welcher gestern abend hierher zurückgekehrt ist, wurde heute vormittag vom Prinzregenten zum Vortrag empfangen.

Aachen, 1. Juni. Gestern begann hier unter Leitung von Professor Schwickerath-Aachen und Felix Weingartner das 80. niederrheinische Musikfest. Das Eröffnungskonzert war stark besucht und verlief glänzend.

Tiflis, 1. Juni. Im Bezirk Ardahan wurden am 27. Mai durch ein Erdbeben in einigen Ortschaften eine Anzahl Häuser zerstört. Das Erdbeben wurde auch in Kars verspürt.

Kansas City, 1. Juni. Die Union-Pacific-Eisenbahnbrücke über den Kansas ist eingestürzt. 27 Personen sollen ertrunken sein. Durch Wasser und Feuer ist in der Stadt ein sehr großer Schaden angerichtet worden. 5 Brücken, die den in Missouri liegenden Teil der Stadt mit dem in Kansas verbinden, sind weggeschwemmt.

Eton, 1. Juni. Heute nacht brach im Eton-Kollege Feuer aus; von den 30 Zöglingen kamen zwei in den Flammen um.

Ain-Sefra, 1. Juni. Bei einem militärischen Empfang äußerte Generalgouverneur Jonnart: Die französische Regierung würde vorgezogen haben, es dem Mahtzen zu überlassen, die Räuberbanden zu bestrafen und zu zerstreuen, die auf dessen Gebiet sich gegen uns gebildet haben; aber die augenblicklichen Verhältnisse lassen dies nicht zu. Wir sind daher vollkommen berechtigt, gegen diese Stämme Zwangsmaßregeln zu ergreifen, die jedoch nicht bis zur Besitzergreifung irgend eines Punktes auf marokkanischem Gebiete gehen dürften. Dem Mahtzen würde dieses sich in den rechten Grenzen haltende Vorgehen, das wir mit ebensoviel Entschiedenheit als Vorsicht durchzuführen entschlossen sind, in gleicher Weise wie uns von Vorteil sein. Der Vorfall in der Gegend von Figig rechtfertigt vollkommen die Maßnahmen, die zu ergreifen mich die französische Regierung ermächtigt hat. — Zwei und eine halbe Batterie sind heute vormittag von Ain-Sefra nach Beni Unif mittels Sonderzuges abgegangen.

Saigon, 1. Juni. (Meldung der „Agence Havas".) Der Generalgouverneur von Französisch-Indo-China Beau, dessen Ankunft hier erwartet wurde, wird durch ernste Nachrichten aus Yünnan in Tonkin zurückgehalten. Die Aufständischen sind Herren des Gebietes zwischen Yünnanfu und der Grenze von Tonkin. In Tünnanfu und Mongtse sind 200 Franzosen eingeschlossen. Die Arbeiten an der Eisenbahn sind unterbrochen.

Belgrad, 1. Juni. Die heute stattgehabten Ikupschtina-Wahlen haben einen ruhigen Verlauf genommen. — Die serbische Regierung hat, wie die hiesigen Blätter melden, in Konstantinopel in einer Note auf Gewaltakte türkischer Soldaten in Alterbsen hingewiesen, welche sich diese an der dortigen serbischen Bevölkerung haben zuschulden kommen lassen.

Petersburg, 1. Juni. Zar Nikolaus empfing gestern in Gegenwart der Kaiserin Alexandra den deutschen Militärattachee Frhrn. v. Luttwitz in Audienz, welcher im Auftrage des Kaisers Wilhelm ein Modell der neuen deutschen Litewka einreichte.

Philadelphia, 1. Juni. 90 000 Textil-Arbeiter sind in den Ausstand getreten, 15 000 andere, deren Forderungen bewilligt wurden, setzten die Arbeit fort.

Kansas-City (Missouri), 1. Juni. Durch starke Regengüsse ist das Feuer, welches großen Umfang anzunehmen drohte, gelöscht. Eine Besserung der Lage ist nicht eingetreten. Die einzige Eisenbahn-Verbindung, die bestehen geblieben ist, ist die nach dem Südosten. Die Telephon- und Telegraphendrähte sind mit Ausnahme der nach dem Osten führenden Linie nach jeder Richtung hin zerstört. Um die jenseits des Kansas Ansässigen der Stadt ist man fortgesetzt in großer Sorge, doch konnte bis jetzt trotz angestrengter Bemühungen eine Verbindung mit jenem Stadtteil nicht hergestellt werden. Tausende werden durch eine Unterstützungs-Kommission gespeist. Die Polizei hat Befehl, jeden Plünderer niederzuschießen.

Hallesche Nachrichten.

Halle, den 2. Juni.

— **Tödlicher Sturz.** Der allgemein beliebte und bekannte Wirt des „Felsenburgkellers" ist am Sonnabend abend einem schweren Unfall zum Opfer gefallen. Sein gern besuchtes Restaurant liegt bekanntlich zwischen der Saale und dem Felsenrande, in welchem sich die Kellereien befinden. Bei einem Aufstieg auf diese Felsen trat der Wirt fehl, es mag sich wohl auch ein Felsstück gelöst haben, kurz Herr Z. stürzte in die Tiefe und schlug so unglücklich auf, daß er alsbald verstarb.

— **Ueberfahren.** Ein schwerer Unfall ereignete sich am 1. Feiertag nachmittag im benacharten Schkopau. Ein jugendlicher Radler, welcher anscheinend des Fahrens nicht recht kundig war, fuhr mit seinem Rade direkt zwischen einen elektrischen Motor- und einem Anhängewagen der Fernbahn Halle-Merseburg, welcher nach Ammendorf in Fahrt begriffen war, hinein. Durch den heftigen Stoß wurde der Leichtsinnige vom Rad vor die Räder des Anhängewagens geworfen, die über ihn hinweggingen. Das rechte Bein wurde ihm bis zum Knie zermalmt, das linke Bein unten am Knöchel abgefahren, außerdem erlitt er eine schwere Körperverletzung. Mit demselben Wagen wurde der durch eigene Schuld Ueberfahrene nach dem Krankenhaus „Bergmannstrost" übergeführt. Man hatte dort wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Der Verunglückte soll 19 Jahre alt sein und aus Merseburg gebürtig sein.

— **Eine größere Schlägerei** fand gelegentlich der Festtage in Giebichenstein zwischen jungen Burschen und Lattchern statt. Bei dem Handgemenge, bei welchem auch Blut floß, wurde u. a. einem jungen Burschen ein Ohr abgebissen.

— **Selbstmord.** Die Frau des Wirtes eines Restaurants an der Saale machte ihrem Leben durch Ertränken in der Saale ein Ende. Ueber den Grund der Tat ist nichts genaues bekannt.

Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Groß-Salze,** 29. Mai. (Wählerversammlung.) Gestern Abend fand die erste Wählerversammlung der reichstreuen Parteien statt, in welcher unser bisheriger Abg. Herr Placke persönlich anwesend war. Herr Rektor Eckhardt-Groß-Salze begrüßte alle diejenigen herzlich, welche am 16. Juni dem Major Placke ihre Stimme geben wollen, brachte ein Hoch auf den Kaiser aus und gab dann das Wort an Herrn Major Placke zur Wahlrede. In fast zweistündiger Rede legte nun Herr Placke seinen Standpunkt klar. Redner erklärt, was ihn bewogen habe, wieder die Kandidatur anzunehmen, trotzdem er sehr krank gewesen sei und doch auch an seine Familie denken müsse. In unserem Wahlkreis ist es so: Wenn er nicht die Kandidatur angenommen hätte, so wäre eine Zersplitterung eingetreten, namentlich sei ihm dies von den Vertretern des Bundes der Landwirte verschert worden. Um die sozialdemokratische Gefahr abzuwenden, sei er bereit, nochmals den Wahlkampf aufzunehmen. Dann spricht er vorerst nur in einigen kurzen Zügen über den Zolltarif, um darauf den der Magdeburger Zeitung untergelaufenen Irrtum zu erklären, daß er in seiner Aschersleben Rede von Zollfreiheit für Hummern, Caviar und Austern gesprochen habe. Die sozialdemokratische Presse sei hiermit wieder trefflich gegangen und habe ganz hagebüchene Beleidigungen infolgedessen gegen ihn losgelassen, und es sei ihm von Parteifreunden geraten, den Klageweg zu beschreiten. Aber er tue es nicht, da er in den vorigen Wahlkämpfen Erfahrungen genug gesammelt und die Klagen erst ausgetragen würden, wenn der Wahlkampf lange beendet sei. Er achte eben diese persönlichen Beleidigungen nicht, da denke er, es ist am besten: „Niedriger hängen!" und er denke wie Bismarck: „Da lache ich drüber!" Er erkläre dies ein für allemal! (Reicher Beifall.) Die Stellung der Sozialdemokraten bei der Beratung des Zolltarifes im Reichstage würdigt nun Redner ausführlich einer eingehenden Beleuchtung, führt so manches Vorkommnis aus der mildesten Obstruktion dieser Partei an und begrüßte freudig den damaligen Zusammenschluß der Ordnungsparteien. Darauf erklärt Redner eingehend den Zolltarif, und widerlegt den Vorwurf der Landwirtschaft wegen zu niedriger Säze für Getreide. Aber auch der Vorwurf der Sozialdemokratie, „die Landwirtschaft fülle die Taschen", ist nicht gerechtfertigt. Sie wolle nur die Landwirtschaft wirtschaftlich tot machen, um dann um so sicherer ihren vermeintlichen Siegeszug führen zu können. — Er, Placke, vertrete die Ansicht, die Landwirtschaft sei zu schützen, aber nicht einseitig zum Schaden der anderen Stände. Der nächste Punkt der Rede beschäftigt sich mit den Aufgaben, welche des neuen Reichstags warten, nämlich die neuen Handelsverträge, die Festsetzung der Friedenspräsenzstärke. Hierbei erläutert der Redner seinen Standpunkt, daß er für Heer und Marine alles bewillige, ohne daß man Marineschwärmer sein brauche, und streift dabei das Mißjahr nach dem Wunsche der Sozialdemokraten, und das von ihnen jetzt immer angeführte Burenheer. Es folgen Ausführungen über das zu erhoffende Militärpensionsgesetz für die Kriegs- und Friedens-Invaliden, und auch über eine eventuelle Wehrsteuer, welche allerdings sehr reiflich erwogen werden muß. — Nun geht Herr Placke über zu dem Schutz und der Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes, welchem er offenbar großes Interesse zuwendet. Er spricht über: unlauteren Wettbewerb, Schwindelauktionen und Konsum-Vereine, und beleuchtet auch hier

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:3:1-171133730-16872166X190306021-10/fragment/page=0003

scharf den krassen Widerspruch zwischen Sozialdemokraten und Mittelstand, welche durch ihre Konsum-Vereine nach den Worten ihres Abgeordneten Ledebour denselben töten wollten. Es sei etwas dreist, wenn in einem im Wahlkreise verbreiteten Flugblatt die Sozialdemokraten sich an den kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden wenden. Andererseits sei es grausam, diesen einen Ausbeuter zu nennen, wo er sich mit seiner Hände Arbeit ernähre. Die Sozialdemokraten haben auch gegen das Handwerker-Organisations-Gesetz gestimmt, um den Mittelstand zu vernichten. Doch brauche man nicht trübe in die Zukunft zu sehen. Was von der Regierung geschehen kann, das würde geschehen. Behandelt werden noch die Kaufmannsgerichte, die Werkmeisterfrage und die Ausdehnung der Alters- und Invaliden-Versicherung. — Den Schluß der Rede bildet die Stellungnahme gegen die Sozialdemokraten, aus welchem namentlich hervorzuheben ist, daß dieselben der Feind des gewerblichen Mittelstandes und auch der Lohnarbeiter sind, da sie Zollfreiheit beantragt haben. Die freie Schweiz mit ihren Arbeitern sei viel schutzzöllnerischer wie wir, das ist in der öffentlichen Volksabstimmung ausgesprochen. Dem Schweizer Arbeiter gehe das Vaterland über alles, bei uns ist das Gegenteil der Fall. Dem deutschen Arbeiter gehen die Augen noch einmal auf, wenn es zu spät ist. Redner erwähnt die Schaffung der Wohlfahrtsgesetze unter weiland Kaiser Wilhelm I. und Bismarck, und gegen welche die Sozialdemokraten heute noch arbeiten, trotzdem bei manchem es schon zu dämmern beginnt. Der Sozialdemokratie ist alles verhaßt, was Zufriedenheit bringt. Sie will alles Bestehende stürzen, aber ohne etwas anderes dafür zu geben, ein gefährlicher Versuch. — Die Wahlkreisfrage und die Agitation dagegen wird noch vom Redner beleuchtet und zum Schluß erfolgt ein herzlicher Appell an alle reichstreuen Wähler: „Es brauche nicht dahin zu kommen, daß es eine Unehre sei, in solchem Reichstage zu sitzen, wo die Sozialdemokraten die Oberhand haben! Das deutsche Volk sei stark genug! Man solle sich nur fest nebeneinander stellen und die Hände einmütig ineinanderlegen, dann muß es gelingen, den gemeinsamen Feind zu besiegen!“ Reicher anhaltender Beifall wurde dem Redner zu teil. Nachdem noch mehrere Herren für die Kandidatur Placke eingetreten waren, und nach erwähnenden Worten des Vorsitzenden, nun bei Freunden und Nachbarn zu agitieren zum 16. Juni, wurde die Versammlung geschlossen. — Ein bezeichnendes Vorkommnis wird von der Versammlung berichtet. Als Abg. Placke die Stellung der Sozialdemokraten gegen das Kranken-Versicherungs-Gesetz und die Novelle dazu erklärte, meinte ein offenbarer Sozialdemokrat zu seinem Tischnachbar: „Du hat is hoch wohl nicht möglich!“ — Leider doch!

— Dessau, 30. Mai. (Verein der anhaltischen Arbeitgeber.) Die 16. Jahresversammlung des Vereins der anhaltischen Arbeitgeber, die, wie schon kurz berichtet, vor kurzem unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Bergrates Lehmer im Sitzungssaale der Deutschen Kontinental-Gas-Gesellschaft tagte, erfreute sich eines zahlreichen Besuches hiesiger und auswärtiger Mitglieder. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen und gedachte mit ehrenden Worten des im September vorigen Jahres heimgegangenen Mitbegründers des Vereins, des Herrn Geheimrat Dr. Oechelhaeuser, der den Verein 15 Jahre hindurch ununterbrochen als dessen erster Vorsitzender leitete. Aus den zur Debatte gestellten verschiedenen Themen dürften allgemeiner die Fragen über den Tag der Lohnauszahlung in industriellen Betrieben und über den öffentlichen Arbeitsnachweis interessieren. Bei Erörterung der ersten Frage ergab sich, daß schon eine ganze Reihe hiesiger größerer Betriebe im Interesse ihrer Arbeiter die Sonnabends-Löhnung abgeschafft habe und an anderen Wochentagen auslohne. Dieses Vorgehen verdient allgemeinere Nachahmung. — Bezüglich des Arbeitsnachweises haben die bisherigen Untersuchungen der im Vorjahre gewählten Kommission vorläufig zu dem Resultat geführt, daß ein dringendes Bedürfnis nach Schaffung eines besonderen Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage für Dessau noch nicht vorliegt, daß es aber wünschenswert ist, den hiesigen Magistrat zu ersuchen, den vorhandenen, bureaukratisch verwalteten Arbeitsnachweis zu reorganisieren und ihn durch Zusammenschluß der einzelnen Innungs- und sonstigen Arbeitsnachweise so zu gestalten, daß er mehr als der Bisherige den Bedürfnissen der Arbeitgeber und Arbeiter zu entsprechen vermöge. Herr Oberbürgermeister Dr. Ebeling sagte zu, in dem vorerwähnten Sinne zu wirken. Aus dem Jahresbericht der Krankenpflege-Vereinigung, die jetzt 35 Dessauer Mitglieder mit 3400 Arbeitern umfaßt, und deren zwei Diakonissenschwestern 7123 Krankenbesuche im vergangenen Jahre leisteten, verdient die Fürsorge für strophulöse Kinder, für kranke und in Rekonvalescenz befindliche Arbeiter hervorgehoben zu werden. Der von Herrn Dr. Ernst Böttger im Handwerker- und Kunstgewerbeschulgebäude erteilte Samariter-Unterricht erfreute sich wieder eines regen Zuspruchs von Beamten, Meistern und Arbeitern hiesiger Vereinsmitglieder. An die anregenden Verhandlungen schloß sich ein Besuch der Wohlfahrtseinrichtungen der Dessauer Zucker-Raffinerie, die von Herrn Direktor Benator erläutert wurden. Aus den Vorstandswahlen sei schließlich noch erwähnt, daß die im Turnus ausscheidenden Herren Kommerzienrat Kroeger und Assian Richter, die Direktoren Roth und Dr. Foerster, sowie Oberbergrat Gaete sämtlich wiedergewählt wurden. Für den freiwillig ausgeschiedenen Herrn Kommerzienrat Schneichel wurde Herr Kommerzienrat Franz Hallström-Nienburg neugewählt.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Mittwoch, 3. Juni: Wenig verändert, teils sonnig, sehr windig.
Donnerstag, 4. Juni: Warm, meist heiter. Vielfach Gewitter und Regen.

Wasserstände.

Nach amtlichen Nachrichten der Königl. Elbstrom-Bauverwaltung.
Beobachtet in der Mittagszeit.
(+ bedeutet über, — unter Null.)

					Fall	Wuchs
Saale.						
Halle	1. Juni	+ 1,78	2. Juni	+ 1,78	—	—
Trotha	„	+ 1,54	„	+ 1,54	—	—
Alsleben	29. Mai	+ 1,44	30. Mai	+ 1,48	—	0,04
Bernburg	„	+ 1,08	„	+ 1,08	—	—
Calbe, Obp.	„	+ 1,52	„	+ 1,52	—	—
do. Untp.	„	+ 0,66	„	+ 0,62	0,04	—
Unstrut.						
Straußfurt	29. Mai	+ 1,10	30. Mai	+ 1,05	0,05	—
Moldau.						
Budweis	28. Mai	— 0,04	29. Mai	— 0,00	—	0,04
Prag	„	+ 0,15	„	+ 0,20	—	0,05
Elbe.						
Pardubitz	28. Mai	+ 0,18	29. Mai	+ 0,08	0,10	—
Brandeis	„	+ 0,10	„	+ 0,22	—	0,12
Melnik	„	— 0,40	„	— 0,37	—	0,03
Leitmeritz	29. Mai	— 0,42	30. Mai	— 0,33	—	0,09
Außig	„	— 0,23	„	— 0,08	—	0,15
Dresden	„	— 1,49	„	— 1,50	0,01	—
Torgau	„	+ 0,48	„	+ 0,40	0,08	—
Wittenberg	„	+ 1,32	„	+ 1,30	0,02	—
Roßlau	„	+ 0,78	„	+ 0,74	0,04	—
Aken	„	+ 1,13	„	+ 1,07	0,06	—
Barby	„	+ 1,13	„	+ 1,14	—	0,01
Magdeburg	„	+ 1,14	„	+ 1,10	0,04	—
Tangermünde	„	+ 1,79	„	+ 1,72	0,07	—
Wittenberge	„	+ 1,58	„	+ 1,51	0,07	—
Lenzen	„	+ 1,70	„	+ 1,61	0,09	—
Dömitz	„	+ 1,06	„	+ 1,00	0,06	—
Darchau	„	+ 0,94	„	+ 0,87	0,07	—
Lauenburg	„	+ 1,16	„	+ 1,11	0,05	—

Havel.

Brandenburg	29. Mai		30. Mai			
Oberpegel	„	+ 2,14	„	+ 2,14	—	—
Unterpegel	„	+ 1,60	„	+ 1,58	0,02	—
Rathenow						
Oberpegel	„	+ 1,38	„	+ 1,38	—	—
Unterpegel	„	+ 1,13	„	+ 1,14	—	0,01
Havelberg	„	+ 1,98	„	+ 1,95	0,03	—

Wasserwärme der Saale, mitgeteilt vom Florabad, am 1. Juni: 18° R.

Börsen- und Handelsteil.

— **Magdeburger Handelsbericht** vom 30. Mai. (Nichtamtlich.) Prima Kartoffelstärke und -Mehl 21,00 M. Rapskuchen 11,25—12,25 M (Alles für 100 kg.)

— **Magdeburg**, 30. Mai. (Carl Schulze jun.) Trockenschnitzel und Melasse-Trockenschnitzel 4,40 M. die 50 kg ausschließlich Sack frachtfrei Magdeburg bei 10 000 kg-Ladungen.

Tages-Marktberichte.

— **Berlin**, 30. Mai. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen märk. 163,00 M ab Bahn. Roggen märk. 132,00 M ab Bahn. Gerste, leichte inländ. Futtergerste 124,00—132,00 M, schwere 133,00 bis 140,00 M, flamme mit Geruch 126,00—132,00 M, russ. 122,00 bis 125,00 M. Hafer, märk., mecklenburg., pomm., preuß., posen. und schles. feiner 154,00—166,00 M, mittel 140,00—153,00 M, gering 134,00—139,00 M, mit Geruch 126,00—138,00 M, russ. 130,00—136,00 M. Erbsen, inländ. und russ. Futterware mittel 143,00—148,00 M, feine 149,00—166,30 M. Weizenmehl 00 20,25 bis 22,00 M. Roggenmehl 0 und 1 17,10—19,10 M. Weizenkleie 9,00—9,50 M. Roggenkleie 9,30—9,70 M. — Mittagsbörse: Weizen märk. 162,00—163,00 M ab Bahn, Mai 167,25—167,50 M, Ultimodurchschnittspreis 167 9/8 M, Juli 166,25—165,75 M, September 162,25—162,00—162,25 M, Oktober 162,25—162,00 M. Roggen märk. 132,00 M frei Mühle, Juli 137,75—137,25—137,50 M, Septbr. 138,00—137,75—138,00 M, Oktober 138,25—138,00 M. Hafer märk., mecklenburg., pomm., preuß., pos. und schles. fein 153,00 bis 165,00 M, mittel 139,00—152,00 M, gering 133,00—138,00 M, mit Geruch 125,00—137,00 M, russ. 130,00—135,00 M, Mai 132,00 Mark, September 132,75—133,00 M. Mais amerik mixed abfallende Sorten 114,00—125,00 M, Mai 128,50—128,25—131,00 M, Monatsdurchschnittspreis 129 5/8 M, Juli 116,00—115,75 M, Septbr. 113,50 M. Weizenmehl 00 20,25—22,00 M. Roggenmehl 0 und 1 17,10—19,10 M. Rüböl Oktober 48,40 M Br., November 48,60 M G., Dezember 48,70 M Br. — Preise um 2½ Uhr (nichtamtlich): Weizen Juli 165,75 M, September 162,25 M, Oktober 162,00 M, Dezember 163,00 M. Roggen Juli 137,50 M, September 138,00 M, Oktober 138,00 M, Dezember 138,50 M. Hafer Juli 131,25 M, September 132,75 M. Mais Juli 115,75 M, September 113,25 M. Mehl Juli 17,75 M, September 17,95 M. Rüböl loko 48,60 M, Juni 48,40 M, Oktober 48,40 M, Dezember 48,70 M.

— **Leipzig**, 30. Mai. Produktenmarkt. (Bericht von Neumann u. Leopold, Leipzig.) Weizen, still, per 1000 kg netto inländ. 152—157 bz. Bf., mäßlicher über Notiz, ausländ. 172—181 bz. Bf. Roggen, still, per 1000 kg netto, inländ. 131—137 bz. Bf., ausländ. 145—150 bz. Bf., Posener 142—144 Bf. Gerste, per 1000 kg netto, Braugerste hiesige —,— bz. Bf., Mahl- und Futterware 126—142 bz. Bf. Hafer, still, per 1000 kg netto inländ. 143—148 bz. Bf., ausländischer 137—144 bz. Bf. Mais per 1000 kg netto amerikanischer 114—125 bz. Bf., runder —,— bz. Bf., Cinquantin 146—155 bz. Bf. Oelsaat per 1000 kg netto, Raps —,— Bf. Rapskuchen per 100 kg netto —,— nominell. Rüböl, rohes per 100 kg nominell frei Haus hier ohne Faß 48,25 bz. Außeramtlich: Malz per 100 kg netto loco 26—28. Wicken per 1000 kg netto loco 160—170. Erbsen per 1000 kg netto loco große 200—220, do. kleine 170—190, do. Futter 150—170. Bohnen per 100 kg netto loco 24—28. Kleesaat per 100 kg netto rot nach Qual. 120—150, do. weiß nach Qual. —,—, do. gelb nach Qual. 50—60, schwed. nach Qual. —,—, feinste Qualität höher. Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgegend notieren: Weizenmehl Nr. 00 22,50 M, do. Nr. 0 20,00 bis 21,00 M, do. Nr. I 18,00—19,00 M, do. Nr. II 17,00—17,50 M, Weizenschalen 9,25—9,75 M, Roggenmehl Nr. 0 20,00 M, do. Nr. II 14,00—14,50 M, Roggenkleie 9,75—10,50 M per 100 kg excl. Sack.

Viehmärkte.

— **Berlin**, 30. Mai. Städtischer Schlachtviehmarkt. (Amtlicher Bericht der Direktion.) Zum Verkauf standen: 3237 Rinder, 2049 Kälber, 7328 Schafe, 5812 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in M (bezw. für 1 Pfd. in ₰). Für Rinder, Ochsen: a. vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt 63—66; b. junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 58—62; c. mäßig genährte junge und gut genährte ältere 54—57; d. gering genährte jeden Alters 52—53. Bullen: a. vollfleischige, höchsten Schlachtwerts 62—61; b. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 59—61; c. gering genährte 55—59. Färsen und Kühe: a. vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts zehlen; b. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt, 59—60; c. ältere ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere 57—58; d. mäßig genährte Färsen und Kühe 53—56; e. gering genährte Färsen und Kühe 49—52. — Kälber: a. feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 75—78; b. mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 60—66; c. geringe Saugkälber 50—55; d. ältere gering genährte Kälber (Fresser) 55—58. — Schafe: a. Mastlämmer und jüngere Masthammel 70—72; b. ältere Masthammel 64—67; c. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 58—62; d. Holsteiner Niederungsschafe pro 100 Pfd. Lebendgewicht zehlen. — Schweine: Man zahlte für 100 Pfd. (oder 50 kg) lebend mit 20 % Tarabzug: a. vollfleischige feinerer Rassen und deren Kreuzungen 48; b. fleischige 46—47; c. gering entwickelte 43—45; d. Sauen 41—43. — Verlauf und Tendenz: Das Rindergeschäft wickelte sich glatt ab und hinterläßt etwas Ueberstand, mittlere und geringe Stiere gingen langsam. Der Kälberhandel gestaltete sich schleppend und gedrückt und hinterläßt erheblichen Ueberstand. Bei den Schafen war der Geschäftsgang glatt, es wird aber nicht ganz ausverkauft. Der Schweinemarkt verlief ziemlich glatt und wurde geräumt.

Waren- und Produktenberichte.

Getreide

* **Hamburg**, 30. Mai. Weizen ruhig, holsteinischer und mecklenburgischer 158—164. Hard Winter Nr. 2 Mai-Abladung 131. Roggen ruhig, südrussischer ruhig, 9 Pud 20/25 Mai-Abladung 102—104, holstein. und mecklenburgischer 140—145. Mais fest, —, Amerik. mixed Mai 94 bis 97. Hafer ruhig, Gerste still.

* **Pest**, 30. Mai. Weizen loko ruhig, do. per Mai —,— Gd., —,— Br., per Oktober 7,57 Gd., 7,58 Br. Roggen per Oktober 6,60 Gd., 6,61 Br. Hafer per Mai —,— Gd., —,— Br., per Oktober 5,50 Gd., 5,51 Br. Mais per Mai —,— Gd., —,— Br., per Juli 6,31 Gd., 6,32 Br.

* **Antwerpen**, 30. Mai. Weizen weichend, Roggen ruhig. Hafer ruhig, Gerste ruhig.

* **London**, 29. Mai. An der Küste — Weizenladung angeboten.

* **Amsterdam**, 30. Mai. Weizen auf Termine geschäftslos, do. per Mai —, do. per November —. Roggen auf Termine geschäftslos, do. per Mai —,—, do. per Oktober —.

* **Paris**, 30. Mai. (Anfang.) Weizen matt, per Mai 24,45. per Juni 24,55, per Juli-August 23,85, per September-Dezember 22,20, Roggen ruhig, per Mai 18,15, per September-Dezember 15,90.

* **Paris**, 30. Mai. (Schluß.) Weizen beh., per Mai 24,50, per Juni 24,55, per Juli-August 23,90, per September-Dezember 22,30. Roggen ruhig, per Mai 18,50, per September-Dezember 15,90.

Raps.

* **Hamburg**, 30. Mai. Rapssaat. Holstein., mecklenburger und niederelber ——— Mk.

Zucker.

* **Hamburg**, 30. Mai. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord. Hamburg per Mai —,—, per Juni 16,45, per August 16,90, per Oktober 17,85, per Dezember 17,90, per März 18,30. Ruhig.

* **London**, 30. Mai. 96% Prog. Java-Zucker loko 9 3/4 Wert, Rüben-Rohzucker loko geschäftslos.

Kaffee.

* **Hamburg**, 30. Mai, nachmittags. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos. Mai —,— G., September 26 G., Dezember 26½ G., März 27½ G. Tendenz: Ruhig.

* **Amsterdam**, 29. Mai. Java-Kaffee good ordinary 25 3/4.

* **Havre**, 30. Mai. Kaffee. (Anfangsbericht). Kaffee in Newyork schloß ruhig, unverändert bis 10 Punkte niedriger. Zufuhren in Rio 5000 Sack, in Santos 16,000 Sack für gestern.

* **Havre**, 30. Mai. (Schlußbericht.) Kaffee. Good average Santos Mai 30,75, Juli 31,00, September 31,50, Dezember 32,00, März 32,75. Tendenz: Ruhig.

Petroleum.

* **Hamburg**, 30. Mai. Petroleum fest. Standard white loko 7,40 Br.

* **Antwerpen**, 30. Mai. Petroleum. Raff. Type weiß loko 21 bez., Br., do. per Mai 21 Br., do. per Juni 21¼ Br., do. per Juli 21½ Br. Tendenz: Fest.

* **New-York**, 30. Mai. (Telegramm.) Petroleum Standard white in New-York 855 do. in Philadelphia 850, do. (in Refined Cases) 1050, do. Credit Balances at Oil City 150.

Spiritus.

* **Nordhausen**, 28. Mai. Branntwein 40 Vol.-% für 100 Kilogr. (105—106 Ltr.) 58,00—60,00 Mk. Branntwein 45 Vol.-% für 100 Kilogr. (106—107 Ltr.) 64,00—66,00 Mk., ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Kommission der Branntweinfabrikanten durch die Handelskammer notiert.

* **Hamburg**, 30. Mai. Spiritus ruhig, Mai 16¾ Br., 15¾ G., Mai-Juni 16¾ Br., 15¾ G., Juni-Juli 16¾ Br., 15¾ G., Juli-August 16¾ Br., 15¾ G.

* **Paris**, 30. Mai. (Anfangsbericht.) Spiritus fallend, Mai 44,75, Juni 45,00, Juli-August 45,25, September-Dezember 38,50.

* **Paris**, 30. Mai. (Schlußbericht.) Spiritus fest, Mai 45,25, Juni 45,50, Juli-August 45,75, September-Dezember 38,50.

Hülsenfrüchte.

* **Magdeburg**, 30. Mai. Erbsen, gelbe zum Kochen, 17,00 bis 22,00 Mk., Speisebohnen (weiße) 21,00—36,00 Mk., Linsen 17,00 bis 30,00 Mk. alles für 100 kg.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* **Hamburg**, 30. Mai. Rüböl ruhig, loco 49,50.

* **Köln**, 30. Mai. Rüböl loco 52,00, Oktober 51,50.

* **Amsterdam**, 30. Mai. Leinöl loco —, Juni 25¼, Juni-August 25½, Sept.-Dez. —, Januar-Mai —.

* **Hamburg**, 29. Mai. Schmalz. Amerik. Steam 44 4/8 Mk., do. raff. in Tierces, Marke Armour's Spezial 45 3/4 Mk., do. do. Chamberlain, Roe u. Co. 45¼ Mk., do. do. Choice Grocery 45¼ Mk. div. Marken 45¼ Mk. Alles per 50 Kilogr. netto transito.

* **New-York**, 30. Mai. (Telegramm.) Schmalz Westernsteam 9,15, do. Rohe und Brothers 9,25.

* **Paris**, 30. Mai. (Schluß-Bericht.) Rüböl ruhig, Mai 52,75, Juni 52,75, Juli-August 53,00, Sept.-Dez. 54,50.

Kartoffeln. Stärke. Kartoffelmehl.

* **Berlin**, 30. Mai. Kartoffelstärke 20,50 Mk., Kartoffelmehl 20,50 Mk., feuchte Stärke —,— Mk.

* **Hamburg**, 29. Mai. Kartoffelstärke 18½—19 Mk., Lieferung Juni-Juli 19—19½ Mk., Kartoffelmehl, prompt 19½—20 Mk., Lieferung Juni-Juli 19½—20 Mk., Superior-Stärke 19¾—20 Mk., Superior-Mehl 20—20½ Mk. per 100 Kilogramm.

* **Magdeburg**, 30. Mai. Eßkartoffeln 5,50—6,50 Mk. für 100 kg.

Fleisch. Butter. Eier

* **Magdeburg**, 30. Mai. Rindfleisch im Großhandel 0,95 bis 1,04 Mk., von der Keule 1,40—1,60 Mk., Bauchfleisch 1,20—1,30 Mk. Schweinefleisch 1,30—1,40 Mk., Kalbfleisch 1,20—1,30 Mk., Hammelfleisch 1,30—1,40 Mk., Speck, geräuch., 1,50—1,60 Mk., Schmalz 2,20 bis 2,60 Mk., alles für 1 kg, Eier für 60 Stück 2,60—3,20 Mk.

Fische.

* **Hamburg**, 29. Mai. Die heutigen Engrospreise stellten sich je nach Qualität per Pfund: Steinbutt, große und mittel 60—80 Pfg., kleine 30—33 Pfg., Seezungen, große 105—120 Pfg., kleine 85 bis 95 Pfg., dänische 95—110 Pfg., Kleiße, große 50—60 Pfg., kleine 20—40 Pfg., Rotzungen 15—25 Pfg., Schollen, große 50—55 Pfg., mittel 45—50 Pfg., kleine 18—30 Pfg., lebende Karpfen — Pfg., Schellfische, große 20—30 Pfg., mittel 18—20 Pfg., kleine 8—10 Pfg., Cabliau, große 4—7 Pfg., kleine 5—7 Pfg., Seehechte 18—20 Pfg., Lengfisch 5—6 Pfg., Blaufisch 5—6 Pfg., Knurrhähne 6 bis 8 Pfg., Dorsch —,— Pfg., Rochen 5—7 Pfg., Elblachs 155—175 Pfg., Lachs, rothfl., 150—160 Pfg., Silberlachs 110—120 Pfg., Lachsforellen 110—130 Pfg., Zander 60—90 Pfg., Flußhechte 65—75 Pfg., Schnepel —,— Pfg., Barse 20—40 Pfg., Brachsen 20—30 Pfg., Hummern, lebende 195—205 Pfg.

Stroh. Heu.

* **Magdeburg**, 30. Mai. Richtstroh 4,00—4,50 Mk., Krummstroh 3,00—3,50 Mk., Heu 5,50—7,00 Mk. für 100 kg.

Baumwolle und Wolle.

* **Bremen**, 30. Mai. Baumwolle. Ruhig. Upland middling loco 50½ Pfg.

* **Antwerpen**, 30. Mai. Wolle. La-Plata-Zug Type B. August 5,25 bez., Februar 5,25 Verkäufer. Ruhig.

* **Havre**, 29. Mai. 3½ Uhr. Wolle. Juni 160,00, Oktober 163,00. Tendenz: Ruhig.

* **Liverpool**, 30. Mai. (Schluß-Bericht.) Baumwolle. Umsatz 4000 Ballen, davon für Spekulation und Export 400 Ballen. Tendenz: Träge.

Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig.

Per Juni	6,07,	„ Okt.-Nov.	5,16,
„ Juni-Juli	6,04,	„ Nov.-Dez.	5,05,
„ Juli-August	6,00,	„ Dez.-Jan.	5,02,
„ August-Sept.	5,86,	„ Jan.-Febr.	5,01.
„ Sept.-Okt.	5,45,		

Metalle.

* **Amsterdam**, 30. Mai. Bancazinn 75½.

* **London**, 30. Mai. Silber 24½ Lstrl., Chili-Kupfer 59½ Lstrl., per 3 Monate 58 Lstrl., Blei span. 11 9/16 Lstrl., engl. 11¾ Lstrl., Zinn 124½ Lstrl., Zink 20⅝ Lstrl.

* **Glasgow**, 30. Mai. (Schlußbericht.) Roheisen. Mixed numbers warrants 52 sh. 10¾ d. Warrants Middlesborough 45 sh. 7¾ d.

Düngemittel.

* **Hamburg**, 29. Mai. (Chile-Salpeter.) Loco ab Lager 9,20.

* **Rio de Janeiro**, 29. Mai. Wechsel auf London 12 9/16.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: **Dr. Walther Gedenstedt**; für Provinz und Allgemeines: **Otto E. Neumann**; für Lokales: **Erich Beuthner**; für den Börsen- und Handelsteil: **Adelbert Kirsten**, sämtlich in Halle a. S. Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „**An die Redaktion der Hallenschen Zeitung in Halle a. S.**“ zu adressieren.

Die Merseburger Filiale der Hallenschen Zeitung befindet sich Gotthardstr. 45 bei **Carl Brendel**.

Peckolt & Raake, Bankgeschäft, Halle a. S., Riebeckplatz, An- u. Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Bareinlagen, Conto-Corrent-, Wechsel-, Hypothekenverkehr.

Für die Inserate verantwortlich: Otto Brakel, Halle a. S.

Mit 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190306021-10/fragment/page=0004